

Schwarz-gelb und rot-grün verlieren die Wahl – Sieg der Linkspartei.PDS Ergebnisse der Bundestagswahl vom 18. September 2005

„Ich glaube Deutschland verändert sich ab heute.
In der Bundesrepublik gibt es erstmals seit den
50er Jahren ein Bedürfnis nach der Linken.“

Gregor Gysi am 18. September 2005

„Bei dieser Konstellation nach der Wahl ist die
Welt ein Stück komplizierter geworden.“

Angela Merkel am 18. September 2005

Inhalt

1. Ausgangskonstellation
2. Der Bundestagswahlkampf
 - a) Die Kanzlerfrage
 - b) Die Steuer- und Finanzpolitik
 - c) Ost-West-Angleichung
 - d) Die Parteiprogramme
3. Das Bundestagswahlergebnis
 - a) Unklarer Regierungsauftrag und mögliche Bündnisse
 - b) Wahlbeteiligung
 - c) WählerInnenwanderung
 - d) Wahlentscheidende Themen und Parteikompetenzen
 - e) Wahlverhalten
4. Die Linkspartei.PDS und die Bundestagswahl 2005
 - a) Der Lackmestest NRW-Wahl und das gemeinsame Wahlprojekt
 - b) Die Linkspartei in den Umfragen
 - c) Das Programm der Linkspartei
 - d) Das Wahlergebnis der Linkspartei nach Ländern
 - e) Das Wahlergebnis der Linkspartei nach Bevölkerungsgruppen
 - f) Die Bundestagsfraktion der Linkspartei

Anhang

1. Ausgangskonstellation: Rot-grüner Machtverlust und der Befreiungsversuch vom 22. Mai 2005

Die Ereignisse und Wahlen des Jahres 2004 ließen die Wählerbasis von rot-grün erodieren. Seit November 2002 musste das Kabinett Schröder/Fischer stark negative Bewertungen durch die Wählerinnen und Wähler vergegenwärtigen. Der Rücktritt Schröders als SPD-Vorsitzender und der Wechsel zu Franz Müntefering führten zwar zur Beruhigung innerhalb der SPD, hatte aber trotz enormer medialer Wirkung so gut wie keine Auswirkungen auf die Wählerinnen und Wähler.¹ Kurz vor dem SPD-Sonderparteitag im März 2004 ging eine große Mehrheit davon aus, dass Gerhard Schröder für seine Politik keinen Rückhalt in der eigenen Partei habe: 83% aller Befragten glaubten nicht, dass die SPD voll hinter der Politik des Kanzlers stehe. Selbst die SPD-Anhänger teilten diese Einschätzung weitgehend: nur 19 % der glaubten, dass die SPD inhaltlich hinter Schröder stehe.² Bei der Europawahl vom 13. Juni 2004 verlor die SPD 11 Mio. Wählerinnen und Wähler, am gleichen Tag fuhr sie in Thüringen das bis dahin zweitschlechteste Ergebnis ihrer Parteigeschichte ein. Die Grünen verfehlten erneut die 5%-Hürde und bleiben in Erfurt außerparlamentarisch. Im Saarland verlor die SPD gegenüber der Vorwahl über 111.000 WählerInnen und lag mit 30,8% um 0,8% über ihrem schlechtesten Wert an der Saar seit 1960. Die Grünen stabilisierten sich mit 5,6% auf dem Niveau von 1994 – durch Gewinn von ca. 5.000 früheren SPD-WählerInnen.

Der Sommer des vergangenen Jahres war durch anhaltende Proteste gegen Hartz IV und die damit verbundenen Maßnahmen geprägt. Zum Teil demonstrierten zeitgleich in mehr als 140 Städten über 100.000 Menschen gegen die Reformen im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich. Bei der Bewertung der zentralen Maßnahmen von Hartz IV differierte die Meinung der Ostdeutschen sehr stark

¹ Forschungsgruppe Wahlen 2004: Politbarometer Februar 2004, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer_2004/PB_Februar_2004.

² Forschungsgruppe Wahlen 2004: Politbarometer März II 2004, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer_2004/PB_Maerz_II_2004.

von der in Westdeutschland: 35% der Ostdeutschen fanden es richtig und 58% nicht richtig, dass im Rahmen der Zusammenlegung von bisheriger Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Leistungen für Arbeitslose in der Regel gekürzt werden. Im Westen hingegen befürworteten 49% der Befragten diese Maßnahme, nur 44% lehnten dies ab. Die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung, nach der Langzeitarbeitslose zukünftig auch Arbeit annehmen müssen, wenn deren Bezahlung bis zu 30 % unter dem jeweiligen Lohnniveau läge, befürworteten 46%, 48% sprachen dagegen aus. Allerdings erwartete nur eine Minderheit von 29% in Gesamtdeutschland, dass durch Hartz IV auch mehr Menschen einen Arbeitsplatz erhalten würden, während 67% dies bezweifelten.³

Die sächsische Wahl vom 19. September 2004 hinterließ die bis dahin schon nicht erfolgsverwöhnte SPD mit einem einseitigen Landtagswahlergebnis – Tiefpunkt der mehr als 140jährigen Parteigeschichte. Allerdings zog sie nach 14 Jahren Opposition in einer Koalition mit dem zweiten dramatischen Wahlverlierer, der CDU unter Milbradt, die über 376.000 Stimmen einbüßte in die Landesregierung ein. Der Einzug der Grünen in den Dresdner Landtag verdankte sich insbesondere 19.000 Stimmen aus dem NichtwählerInnenlager sowie 9.000 Stimmen von der CDU.

In Brandenburg setzte sich der sozialdemokratische Niedergang fort. Gegenüber 1995 hatte sich das SPD-Stimmvolumen um 22,2% verringert (1999: 14,8%; 2004: 7,4%). Allein die Person Platzek verhinderte ein noch stärkeres Abrutschen. Die Grünen scheiterten mit 3,7% wiederholt am Einzug in den Potsdamer Landtag.

Bis zum damaligen Zeitpunkt konnten die Grünen bei allen Wahlen seit 2002 Gewinne verzeichnen, während die SPD z. T. erhebliche Einbußen hinnehmen musste. Damit unterschied sich die zweite Legislaturperiode von Rot-Grün erheblich von der ersten, bei der die Grünen bei 16 Landtagswahlen in Folge verloren.

Die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen stellten letztlich die Basis rot-grüner Bundespolitik in Frage, beendeten aber auch die Serie der Stimmengewinne von Bündnis 90/Die Grünen.

Schien es Heide Simonis mit einem Stimmenvorsprung von 70 Stimmen und der Unterstützung von SPD, Grünen und SSW noch einmal in die Kieler Staatskanzlei zu schaffen, wurde eine erneute Koalition der Wahlverlierer SPD (-75.884 WählerInnen) und der Grünen (-2.059) am 17. März 2005 in einem einzigartigen Wahlkrimi letztlich durch die anonyme Stimmverweigerung eines bis heute unbekanntes Landtagsmitgliedes verhindert. Unter Führung der CDU regiert seitdem eine Große Koalition zwischen Flensburg und Lübeck.

Am 22. Mai 2005 kam es im Stammland der Sozialdemokratie zu einem Machtwechsel. Nach 39 regiert an Rhein- und Ruhr eine CDU-geführte schwarz-gelbe Landesregierung. Die SPD fuhr das schlechteste Wahlergebnis seit 1954 ein und kam auf 37,1% (-5,7% d.i. -84.051 Stimmen). Die Grünen, die noch schlechter als die SPD in der Regierung bewertet wurden verloren über 9.000 Stimmen und knapp 1%.

Seit den Urnengängen vom 20. Februar 2005 und vom 22. Mai 2005 regierte somit erstmals in der bundesdeutschen Geschichte eine politische Konstellation im Bund, die keinerlei Entsprechung auf Landesebene mehr hatte.

Noch am Wahlabend kündigten der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering und Bundeskanzler Gerhard Schröder an, den SPD-Gremien eine vorzeitige Auflösung des Bundestages und damit vorgezogene Bundestagswahlen im Herbst diesen Jahres vorzuschlagen. Müntefering erklärte: „Wir suchen die Entscheidung. Es ist Zeit, dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden.“

Eine Blitzumfrage⁴ bewies, dass der Kanzler die Stimmung der Bevölkerung mit seinem strategischen Schachzug getroffen hatte: 67% der Befragten antworteten auf die Frage: "Wie finden Sie das Vorziehen der Bundestagswahl" mit "Finde ich gut", 20 % lehnten die Idee ab.

Am größten war die Zustimmung bei den Anhängern von FDP (81 %) und Union (79 %). Bei den Grünen-Anhängern befürworteten 76 % einen vorgezogenen Urnengang im Bund, bei der SPD hingegen "nur" 52 %. Dass eine vorgezogene Wahl eher der Opposition nützt glaubten hingegen 70% der Befragten. Etwas mehr als die Hälfte (54%) glaubten, dass es mit einer Unions-geführten Bundesregierung wieder aufwärts gehen würde.

³ Forschungsgruppe Wahlen 2004, Politbarometer August 2004, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer_2004/PB_August_04.

⁴ Infratest dimap 2005, DeutschlandTREND extra: Blitzumfrage: Mehrheit für vorgezogene Neuwahlen, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4365116_REF1_NAV_BAB,00.html

2. Der Bundestagswahlkampf - Titel, Thesen, Temperamente

Der Bundestagswahlkampf 2005 glich einem Marathon. Auch wenn die Parteien rund 40 Mio. Euro weniger in die zeitlich und durch die Sommerferien verkürzten Kampagnen investierten⁵, so war doch kein Mangel an spannenden Ereignissen und überraschenden Wendungen – nicht zuletzt dem wiederholt starken finish der SPD in den letzten zwei Wahlkampfwochen. Erinnern wir uns:

a) Die Kanzlerfrage

Der Überraschungscoup des Kanzlers erwischte alle Parteien kalt – für die damals noch PDS hei- ßende Linkspartei kam zwei Tage später die unerwartete Aufforderung von Lafontaine zu einem Bündnis mit der WASG hinzu. Zwar gelang es dem Kanzler, die Nachricht vom politischen Erdbeben der schwarz-gelben Machtübernahme in Düsseldorf zu überdecken, doch umfragewirksam wurde die Neuwahlankündigung in erster Linie für die Union und die designierte Kanzlerkandidatin Merkel: Laut Forschungsgruppe Wahlen lag Merkel am 27. Mai 2005 in der Kanzlerfrage vor Gerhard Schröder. 50% der Befragten hätten damals lieber Angela Merkel als Gerhard Schröder (44%) im Kanzleramt gesehen (weiß nicht: 6 %).⁶ Ost-West-Unterschiede waren praktisch keine feststellbar. Merkel konnte somit aus einer günstigeren Position als Stoiber in den Wahlkampf starten, der drei Jahre zuvor kein einziges Mal in der Kanzlerfrage vor Schröder lag. Diesen Vorsprung konnte Mer- kel bis Mitte Juni 2005 halten. In der dritten Juniwoche holte jedoch Schröder auf und erreichte einen Gleichstand: jeweils 44% hätten zum damaligen Zeitpunkt Gerhard Schröder bzw. Angela Merkel als Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin sehen wollen, 12% waren unentschieden.⁷ Den anschließend erreichten Vorsprung Schröders holte Merkel nicht mehr auf. In der ersten Au- gustwoche lag der Amtsinhaber 8% vor seiner Herausforderin – nur noch 40% wollten Merkel als Kanzlerin sehen. Die SPD hingegen konnte von diesen Werten nicht profitieren, sondern lag in der Sonntagsfrage bei rund 28%.⁸

Das Kanzlerduell zementierte die Abstände zwischen Schröder und Merkel. Dass der Kanzler aus dem Fernsehduell eher einen Nutzen ziehen würde, davon waren 59% überzeugt, während dies nur 20% für Angela Merkel annahmen (21% ohne Aussage). Diese Einschätzung wurde in allen Partei- anhängerschaften geteilt, auch 53% der Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU erwarteten mehrheitlich, dass das Duell Schröder Vorteile bringen würde. Nur 26% sahen Merkel im Vorteil.⁹

Vergleich der Eigenschaftsprofile zwischen Schröder und Merkel im Juni und September 2005 (in%)

	Juni 2005			September 2005		
	Schröder	Merkel	Kein Un- terschied	Schröder	Merkel	Kein Un- terschied
Ist glaubwürdiger	16	28	54	22	26	50
Ist durchsetzungsfähiger	27	39	28	40	28	26
Ist sympathischer	46	26	27	50	22	26
Ist eher ein Siegertyp	46	21	30	-	-	-
Kann besser Arbeitsplätze schaffen	5	31	57	8	32	50
Kann besser Regierung führen	25	29	37	34	22	32
Kann Zukunftsprobleme besser lösen	-	-	-	18	32	42
Hat größeren Sachverstand	-	-	-	30	23	39

Von den durch Infratest-dimap Befragten wirkte Schröder für 49% als der alles in allem als der Überzeugendere, 33% bewerteten seine Herausforderin Merkel positiv. Unter dem Eindruck des TV- Duells verschob sich auch die Kanzlerpräferenz deutlich zugunsten des Amtsinhabers. Schröder überschritt die 50er-Marke bei den persönlichen Zustimmungswerten (54%), während nur 35% für Merkel votierten. Der Kanzler erreichte damit den höchsten Zustimmungswert in der gesamten abgelaufenen Wahlperiode.¹⁰ Wie in Tab. X. ablesbar, hatte diese Entwicklung auch Auswirkungen

⁵ Vgl. „Parteien sparen bei der Wahlkampfwerbung“, in: Welt am Sonntag, 24. Juli 2005, <http://www.wams.de/data/2005/07/24/750018.html?s=2>

⁶ Forschungsgruppe Wahlen 2005a, Politbarometer Mai 2005, <http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer/Mai/>.

⁷ Forschungsgruppe Wahlen 2005c, Politbarometer Juni II 2005, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer/Juni_II/.

⁸ Forschungsgruppe Wahlen 2005f, Politbarometer August I 2005, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer/August_I/.

⁹ Forschungsgruppe Wahlen 2005f, a.a.O., ebd.

¹⁰ Infratest-dimap 2005, ARD DeutschlandTREND extra September 2005 II, <http://www.infratest-dimap.de/?id=16#ue1>. Zum Vergleich: Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte in ihrer Umfrage nach dem TV-Duell vom 4. September 2005 nach dem Duell 55% für Schröder und immerhin noch 41% für Merkel.

auf die zwischen Juni und September 2005 von der Forschungsgruppe Wahlen erhobenen Daten¹¹ über die Eigenschaftsprofile, die Schröder und Merkel zugesprochen wurden.

Mit dem Kanzlerduell und dem anschließenden Bundesparteitag der SPD, der eine große Geschlossenheit zwischen Partei und Kanzler ausstrahlte, die in der Vergangenheit so nicht existierte, gelang es der SPD zumindest aus dem Stimmenkeller herauszukommen und an die 35%-Marke heranzukommen. Zugleich verloren Union und FDP in den Umfragen ihre absolute Mehrheit, so dass eine Große Koalition oder andere Koalitionsoptionen denkbar wurden.

b) Die Steuer- und Finanzpolitik

Seit Verkündung der vorgezogenen Bundestagswahl nahm die Steuer- und Finanzpolitik einen erheblichen Raum in der politischen Debatte ein. Dominierte anfangs die Idee der Reichensteuer, wurde diese Überlegung bald durch das Für und Wider einer Mehrwertsteuererhöhung überdeckt. Die SPD lag mit ihrem Vorschlag einer Reichensteuer durchaus im Trend, denn eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen fand immerhin die Zustimmung 70% der dazu Befragten, während sich nur 27% dagegen aussprachen (weiß nicht: 3 %). Diese Auffassung wurde in allen Parteienanhängergruppen mehrheitlich unterstützt.¹² Die SPD stand wiederum vor dem, bereits bei der Heuschreckendebatte auftretenden Problem, dass ihr in wesentlich geringerem Maße zugetraut wurde, eine solche Politik ernsthaft umzusetzen. Stattdessen erwarteten im Juni 2005 im Falle eines SPD-Sieges 67% der dazu Befragten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, ein Viertel (25%) glaubte dies nicht, 7% waren sich unsicher. Bei einem Wahlsieger Union gingen wiederum 82% von einer solchen Steuererhöhung aus, 12% waren gegenteiliger Meinung (6% weiß nicht).¹³

Durch die Berufung von Paul Kirchhof in das Kompetenz-Team der Union erhielt die bislang auf die Kritik an der Unionsposition zu einer Mehrwertsteuererhöhung fokussierte Steuerdebatte einen erneuten Schub. Merkel gelang mit Kirchhofs Platzierung eine enorme mediale Präsenz ihres Kompetenzteams und insbesondere des Heidelberger Verfassungsrechtlers. Dessen Vorschlag, in einigen Jahren einen einheitlichen Steuersatz von 25% einzuführen und dafür alle Steuervorteile abzuschaffen erwies sich hingegen nach kurzer Zeit als Bumerang. Zwar unterstützten immerhin 29% der dazu Befragten diese Idee, während nur 34% sie ablehnten und sich 37% kein Urteil darüber zutrauten.

Doch die anhaltende Kritik aus der Union gegen den Steuerexperten, insbesondere von den Ministerpräsidenten Koch, Wulff und Oettinger führte zum schnellen Abstieg des Steuerstars. Als in der letzten Wahlkampfwoche selbst Merkel von ihm abrückte und stattdessen öffentliche Offerten an ihren Intimfeind Friedrich Merz abgab, war die finanzpolitische Konfusion in der Union komplett. Insofern überrascht es nicht, dass die FAZ am 16.09.2005 vermelden konnte, dass der ehemalige Unionsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz in einer Umfrage von TNS Infratest mit 47% deutlich vor Amtsinhaber Eichel (22%), dem Unions-Steuerexperten Kirchhof (11%) sowie dem FDP-Finanzexperten Hermann Otto Solms (3%) als kompetentester Amtsanwärter bewertet wurde.¹⁴

Trotz dieser Steilvorlage gelang es der SPD nicht, in der steuerpolitischen Kompetenz deutlich zu punkten. Selbst Ende August glaubten nur 24%, dass die SPD am ehesten eine Steuerpolitik vertritt, die im Sinne der Befragten sei, 34% sahen die größere Kompetenz bei der CDU/CSU, 7% bei der FDP, 2% bei den Grünen und immerhin 3% bei der Linkspartei.PDS. Keine Partei hielten 14% für steuerpolitisch kompetent und 18% gaben „weiß nicht“ an.¹⁵

Die von der Union in der letzten Wahlkampfwoche begonnene Debatte um eine vermeintliche Streichliste in Höhe von 30 Mrd. Euro im Hause des Bundesfinanzministers kann insofern als Inszenierung und Störfeuer gewertet werden. Es wird zu prüfen sein, ob die Union ihre Ankündigung wahr machen wird, im neuen Bundestag einen Untersuchungsausschuss zu dieser Frage einrichten zu wollen. Zurecht erklärte der Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, dass angesichts der klaffenden Haushaltslücke eine solche Liste in Auftrag zu geben, „ministeriell verantwortliches Handeln“ sei – der Wahlkampf treibt jedoch eigene Blüten.

¹¹ Forschungsgruppe Wahlen 2005b, Politbarometer Juni I 2005, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer/Juni_I/ sowie Forschungsgruppe Wahlen 2005i, Politbarometer September I 2005, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer/Juni_I/

¹² Forschungsgruppe Wahlen 2005c, a.a.O., ebd.

¹³ Forschungsgruppe Wahlen 2005c, a.a.O., ebd.

¹⁴ Spar- und „Giftlisten“, in: <http://www.faz.net/s/Rub192E771724394C43A3088F746A7E2CD0/Doc~E7503E300A27C4307BB3944E79D4D14BD~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. Befragt wurden 1.000 Wahlberechtigte am 12. und 13. September.

¹⁵ Forschungsgruppe Wahlen 2005g, Politbarometer August II 2005, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer/August_II/

c) Ost-West-Angleichung

Was den bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber ritt, in verschiedenen Statements seines bayrischen Wahlkampfes die Ostdeutschen zu verunglimpfen bzw. eigenmächtig die Linkspartei.PDS durch Interviewangebote an den Spitzenkandidaten Lafontaine aufzuwerten, dazu gibt es verschiedene Vermutungen. Durch Stoibers Äußerungen über bestimmte Wählergruppen in Ostdeutschland sowie die Kindsmord-Aussagen des brandenburgischen Vizeministerpräsidenten und Innenministers Schönbohm nahm die Ost-West-Thematik ab der 2. Augustwoche stärkeren Raum ein. Für eine Mehrheit in Westdeutschland (69%) und Ostdeutschland (76%) überwogen zwischen dem Osten und Westen die Unterschiede, dagegen betonten nur 27% im Westen bzw. 22% im Osten die Gemeinsamkeiten.¹⁶

Den beiden großen Parteien wurden zwar annähernd gleiche Kompetenzwerte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse zugetraut, so verzeichnete die Union Mitte August 25% und die SPD 24%, doch die Linkspartei.PDS konnte bei diesem Thema immerhin 15% verbuchen (keine Partei: 16%, weiß nicht: 17%).¹⁷

In einer Blitzumfrage vom 11. August kam Infratest-dimap sogar zu dem Ergebnis, dass 46% der Befragten der Linkspartei.PDS das größte Verständnis für die Ostdeutschen zusprachen, der SPD hingegen nur 15% und der Union trotz der Ostdeutschen Merkel nur 9%.

Dass die Stoiber-Äußerungen der Union schaden würden, davon waren 83% der Befragten überzeugt, 73% fanden Stoiber habe die Ostdeutschen beleidigt. Aber immerhin 25% teilten Stoibers Auffassungen.¹⁸

Von Bedeutung sind vor diesem Hintergrund auch die Erwartungen an eine mögliche Bundeskanzlerin Angela Merkel: Während in der 2. Juli-Hälfte 42% der Westdeutschen erwarteten, dass Merkel die Interessen der Ostdeutschen besonders gut vertreten würde (nein: 50%), erwarteten dies im Gegenzug nur 26% der Ostdeutschen (nein: 70%).

Der Linkspartei.PDS gelang es durch diese externen Ereignisse in einem Feld, das ihr als PDS 2002 abhanden gekommen war, Boden wieder gut zu machen. Fraglich ist jedoch, ob ihr dies aus eigener Kraft ebenfalls gelungen wäre.

d) Die Parteiprogramme

Im Juli veröffentlichten die Parteien schnell nacheinander ihre Wahlprogramme und nahmen sich gegenseitig die Aufmerksamkeit. Gut 60% der Deutschen interessierten sich zum damaligen Zeitpunkt für die veröffentlichten Positionen von SPD und Union im Wahlkampf. Mehrere Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes TNS Emnid zeigten, dass sich die meisten Befragten bereits eine Meinung über die Politikangebote dieser beiden Parteien gebildet hatten. Dabei kamen die Ideen von CDU und CSU zwar nicht so gut an wie die Vorstellungen der SPD, dafür galten die Konzepte der Union offenbar als seriöser.

Der Inhalt des SPD-Wahlmanifest erreichte bei den Befragten hohe Zustimmungswerte: Die Anhebung des Spitzensteuersatzes und den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr begrüßten gut drei Viertel. Vorschlägen wie der Zahlung eines aus Steuermitteln finanzierten Elterngeldes als Einkommensersatz während der Babypause, der Anhebung des Arbeitslosengeldes II für Ostdeutsche auf Westniveau und der Umwandlung der gesetzlichen Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung stimmen jeweils etwa 70% zu. Im Osten liegt der Grad an Zustimmung sogar noch höher. Das Problem ist für die Sozialdemokraten ein anderes: Nur ein Viertel der Interviewten hielt diese Inhalte des Wahlmanifestes für glaubwürdig, nur zwei von zehn Befragten hielten diese Versprechen für finanzierbar. Ein Drittel meinte, diese Punkte würden die Siegchancen der SPD bei der Bundestagswahl steigern, gut 40% sehen in diesen Punkten einen Beitrag zur Lösung der Zukunftsprobleme. Der Optimismus der SPD-Anhänger hielt sich dabei in Grenzen. Jeweils etwa die Hälfte meinte, das Wahlmanifest erhöhe die Siegchancen ihrer Partei bzw. es sei finanzierbar, 60% von ihnen stufen es als glaubwürdig ein und meinen, es würde helfen die Zukunftsprobleme des Landes zu lösen.

Anders beim Angebot der Union: Zwar lehnten zwei Drittel die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18% ab, ansonsten stimmte die Hälfte den Vorschlägen zur Abschaffung des Kündigungsschutzes, zur Einführung eines Kombilohnmodells, der Gesundheitsprämie und der Einführung des Kinderbonus zu. Den Einsatz der Bundeswehr im Inland, beispielsweise zur Terrorabwehr, unterstützten drei Viertel der Befragten. Zwar hielten auch das Programm der Union nur 27% für finanzierbar, dafür

¹⁶ Forschungsgruppe Wahlen 2005h, Politbarometer August III 2005, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer/August_III/

¹⁷ Forschungsgruppe Wahlen 2005b, a.a.O., ebd.

¹⁸ Infratest-dimap: Stoibers Äußerungen über Ostdeutsche stoßen auf breite Ablehnung. Blitzumfrage im Auftrag der ARD-Tagesthemen, <http://www.infratest-dimap.de/?id=229&aid=13>.

nennen es 42% glaubwürdig. Bessere Chancen auf einen Sieg der Union bei der Bundestagswahl sahen in diesen Ideen 57%, einen Beitrag zur Lösung der Zukunftsprobleme Deutschlands vier von zehn Befragten. Die Anhänger der Union stimmten diesen Kriterien jeweils etwa zu 75% zu, nur bei der Frage nach der Finanzierbarkeit blieb es bei der Hälfte.

Bestätigt wurde damit auch eine Umfrage von Infratest dimap vom Mai 2005, nach der für sieben von zehn Befragten (71%) die Konzepte und Ideen der Parteien am wichtigsten war, 8% orientierten sich am Spitzenpersonal und 15% machten aus Loyalität immer an der gleichen Stelle ihr Kreuz. Allgemein fiel auf, dass mit zunehmendem Alter das Interesse am inhaltlichen Angebot nachlässt, während die Parteibindung zunimmt. Vor allem der Kandidatenfaktor hatte in dieser Umfrage an Einfluss verloren, noch bei der Bundestagswahl 2002 wählten 29% „nach Nase“. Die Lösungsvorschläge der Parteien spielten dagegen bei allen Abstimmungen die entscheidende Rolle: Jeweils etwa die Hälfte votierte für jene Partei, die ihnen am ehesten bei der Bewältigung von Problemen helfen könnte.

3. Das Bundestagswahlergebnis 2005: Schröder und Merkel halten sich für legitime Kanzleranwärter

a) Unklarer Regierungsauftrag und mögliche Bündnisse

Die Wählerinnen und Wähler haben die Parteien mit ihrem Stimmverhalten einigermaßen ratlos zurückgelassen, denn ein klarer Regierungsauftrag ist nicht ablesbar. Mehr noch: Erstmals erlangten CDU und SPD weniger als 70% der Gesamtstimmenzahl und wurden die kleinen Parteien derart deutlich gestärkt.

Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen 2005 – 2002 - 1998

Absolute Zahlen	18. September 2005		22. September 2002		27. September 1998	
	Stimmen	Diff. zu 2002	Stimmen	Diff. zu 1998	Stimmen	Diff. zu 1994
Wahlberechtigte	61.597.724	-	61.432.868	670117	60.762.751	310.742
WählerInnen	47.879.927	-702.834	48.582.761	-1.364.362	49.947.087	2.209.088
Gültige Stimmen	47.028.745	-812.976	47.841.721	-1.324.895	49.166.580	2.061.406
SPD	16.148.240	-2.340.428	18.488.668	-1692601	20.181.269	3.040.915
CDU/CSU	16.591.120	-1.891.521	18.482.641	1.153.253	17.329.388	-2.169.768
<i>CDU</i>	13.096.556	-1.071.005	14.167.561	162.653	14.004.908	-2.085.052
<i>CSU</i>	3.494.564	-820.516	4.315.080	990.600	3.324.480	-84.716
Bündnis 90/Grüne	3.826.194	-284.141	4.110.355	808.731	3.301.624	-122.691
FDP	4.619.519	1.081.168	3.538.351	457396	3.080.955	-177.452
Linkspartei.PDS	4.086.134	2.169.432	1.916.702	-598.752	2.515.454	449.278
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 2002	%-Stimmen	Diff. zu 1998	%-Stimmen	Diff. zu 1994
Wahlbeteiligung	77,2	-1,7	79,1	-3,1	82,2	3,2
SPD	34,3	-4,2	38,5	-2,4	40,9	4,5
CDU/CSU	35,2	-3,3	38,5	3,4	35,1	-6,4
<i>CDU</i>	27,8	-1,7	29,5	1,1	28,4	-5,8
<i>CSU</i>	7,4	-1,6	9,0	2,3	6,7	-0,6
Bündnis 90/Grüne	8,1	-0,4	8,6	1,9	6,7	-0,6
FDP	9,8	2,4	7,4	1,2	6,2	-0,7
Linkspartei.PDS	8,7	4,7	4,0	-1,1	5,1	0,7
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 2002	Mandate	Diff. zu 1998	Mandate	Diff. zu 1994
Insgesamt	613	10	603	-66	669	-3
SPD	222	-29	251	-47	298	46
CDU/CSU	225	-23	248	3	245	-49
<i>CDU</i>	179	-11	190	-8	198	-46
<i>CSU</i>	46	-12	58	11	47	-3
Bündnis 90/Grüne	51	-4	55	8	47	-2
FDP	61	14	47	4	43	-4
Linkspartei.PDS	54	52	2	-34	36	6

(Basis: Vorläufiges amtliches Endergebnis – ohne den Wahlkreis 160 in Dresden)

Nach Auszählung der Stimmen ohne den Wahlkreis 160 ist zumindest folgendes klar:

- Die rot-grüne Bundesregierung ist am Ende: SPD und Grüne haben zusammen über 2,6 Mio. Stimmen (4,7%) gegenüber 2002 verloren.
- Eine schwarz-gelbe Regierung wurde zwar offensichtlich gewünscht, doch keine Mehrwertsteuererhöhung wie sie von der CDU vorgeschlagen worden war. Aus diesem Grunde wechselten viele UnionsanhängerInnen zur FDP. Bei einer Befragung der Forschungsgruppe Wahlen gaben

- 41% der FDP-Anhängerinnen und Anhänger an, dass ihnen eigentlich die CDU/CSU besser gefällt als die FDP.¹⁹ Möglich wäre darüber hinaus, dass viele Wählerinnen und Wähler aus dem bürgerlichen Lager sich für die FDP entschieden, um eine Große Koalition nicht zu unterstützen. Doch so oder so - das Kalkül ging nicht auf.
- Auch wenn eine Große Koalition rechnerisch am wahrscheinlichsten und bezogen auf die Mandatszahl das stabilste Regierungsbündnis bis 2009 sein dürfte, kann von einer Sehnsucht der Deutschen wohl keine Rede sein: Befürworteten Anfang September noch 45% eine Große Koalition positiv und lehnten 40% dieses Regierungsmodell ab, so verkehrte sich diese Position kurz vor der Wahl ins Gegenteil. Nur noch 40% wünschten eine Koalition aus Union und SPD, 45% fanden sie schlecht.
 - Die Linkspartei.PDS ist der Star dieser Bundestagswahl. Mit einem Zuwachs von 4,7% und einem Zugewinn von mehr als 2 Mio. Stimmen meldete sich die PDS stärker als je erwartet im Bundestag zurück und kann 54 Abgeordnete in das Reichstagsgebäude entsenden. Die Überraschung auf der Linken geschah im Saarland. Mit 18,4% der Stimmen ist die Linkspartei dort die dritte Kraft im politischen Spektrum geworden und verwies FDP bzw. Grüne auf die Plätze.

Folgende Regierungsbündnisse sind wahrscheinlich bzw. rechnerisch möglich:

Schwarz-Rot: Dieses Bündnis ist am wahrscheinlichsten. Union und SPD verfügten im 16. Deutschen Bundestag über 447 von 613 Mandaten und damit über eine Mehrheit, die sich in Einzelfällen z.B. bei grundsätzlichen zugespitzten Entscheidungen AbweichterInnen von der Koalitionslinie leisten könnte. In der Berliner Runde der SpitzenkandidatInnen am Wahlabend schloss Schröder eine Große Koalition unter Merkel gleichwohl aus. Er sagte: „Wir gehen nicht auf ein Gesprächsangebot von Frau Merkel ein, wenn sie einen Anspruch auf das Kanzleramt erhebt.“ Diese Position ist sicherlich damit zu erklären, dass die SPD darauf hoffte durch Überhangmandate²⁰ die gleiche Sitzzahl wie die Unionsfraktionen zu erreichen und auf diesem Wege den Anspruch auf die Kanzlerschaft aufrecht erhalten zu können. Dies hat sich nicht erfüllt – auch der Wahlkreis 160 wird hier vermutlich keine Änderung bringen. Die Replik von Angela Merkel: „Ich weiß nicht, ob Herr Schröder es schon mitbekommen hat, dass Rot-Grün abgewählt ist“ ist zwar ebenso zutreffend wie gelungen, doch hat das Wahlergebnis ihre Rolle ebenfalls nicht gestärkt.

Bereits am Wahlabend wurden kritische Stimmen in der Union laut. Auf tagesschau.de wurde schon dreieinhalb Stunden nach Schließung der Wahllokale gemeldet: „Mitglieder des CDU-Präsidiums haben den Wahlkampf von Kanzlerkandidatin Merkel und Generalsekretär Kauder kritisiert. Ihnen seien zu viele Fehler unterlaufen. Außerdem sei der Wahlkampf zu stark auf Wirtschaft und Arbeit ausgerichtet gewesen.“ Insbesondere Friedrich Merz – wenn überrascht es – wurde zitiert. In Deutschland wurde bislang nur einmal eine Große Koalition gebildet. Sie entstand am 1. Dezember 1966 und hielt bis zum sozialliberalen Wahlsieg 1969.

Im Bundesrat verfügen die Großen Koalitionen in Brandenburg, Bremen, Sachsen und Schleswig-Holstein über 15 Stimmen.

Erst- und Zweitstimmen der im Bundestag vertretenen Parteien

Nachweisgegenstand	Bundestagswahl 2005			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	61.597.724	100,00	61.597.724	100,00
WählerInnen	47.879.927	77,7	47.879.927	77,7
Ungültige Stimmen	851.182	1,8	758.633	1,6
Gültige Stimmen	47.028.745	98,2	47.121.294	98,4
SPD	18.075.859	38,4	16.148.240	34,3
CDU/CSU	19.219.054	40,9	16.591.120	35,2
<i>CDU</i>	15.329.622	32,6	13.096.556	27,8
<i>CSU</i>	3.889.432	8,3	3.494.564	7,4
Bündnis 90/Grüne	2.532.353	5,4	3.826.194	8,1
FDP	2.200.915	4,7	4.619.519	9,8
Linkspartei.PDS	3.733.390	7,9	4.086.134	8,7

Eine Große Koalition würde nicht nur die Position der Kleinen Parteien im Bundestag betonen, sondern sicherlich eine Zuspitzung des Lagerwahlkampfes 2009 sowie eine spannende Entwicklung des Parteienspektrums und der bundespolitischen Koalitionsfähigkeit z.B. der Linkspartei.PDS nach sich ziehen.

¹⁹ Forschungsgruppe Wahlen 2005, a.a.O., ebd.

²⁰ Überhangmandate sind diejenigen Sitze einer Partei im Bundestag, die über den Anteil der Stimmen nach dem Verhältniswahlrecht (Zweitstimme) hinausgehen. Sie entstehen, da die Hälfte der Sitze im Deutschen Bundestag durch die Direktwahl eines Kandidaten pro Wahlkreis (Erststimme) vergeben wird. Durch die Überhangmandate erhöht sich die Zahl der Abgeordneten im Bundestag. Überhangmandate treten generell auf, wenn eine Partei im Vergleich zu den Erststimmen wenige Zweitstimmen erhält. Sie erhält umso mehr Überhangmandate, je weniger Zweitstimmen sie erhält. Grundsätzlich ist dabei, dass einer Partei für jedes Direktmandat ein Listenmandat weniger zur Verfügung steht. Erhält eine Partei mehr Direktmandate als Listenplätze über die Zweitstimme, entstehen dann Überhangmandate, da alle Direktkandidaten in den Bundestag einziehen.

Ampelkoalition: Wie bereits dargestellt, hat Gerhard Schröder den Anspruch auf die Kanzlerschaft noch nicht aufgegeben. Er sagte am Wahlsonntag: „Auch in den nächsten vier Jahren wird es eine stabile Regierung unter meiner Führung geben“. Da Gespräche mit der Linkspartei.PDS kategorisch ausgeschlossen wurden, könnte dies nur durch eine Ampelkoalition (334 Mandate) erreichbar sein. Die Grünen, die sich in den vergangenen Tagen diesem Modell nicht mehr verschlossen hatten, haben auch am Wahlabend eine Bereitschaft zu einem solchen Bündnis erkennen lassen, selbst wenn Parteichef Bütikofer feststellte: „Wir stellen uns darauf ein, dass es Opposition wird“.

Das Hindernis für ein solches Bündnis ist die FDP. Ihre Vertreter stellten am Wahlabend klar, für ein solches Experiment nicht zur Verfügung zu stehen. Insbesondere Parteichef Westerwelle, der seine Koalitionszukunft mit der Union untrennbar verknüpfte, schloss eine Ampel aus und positionierte die FDP als Oppositionsführerin: „Wir werden unseren Kurs klar fortsetzen. Wenn es für Schwarz-Gelb nicht reicht, dann in der Opposition.“ Eine Ampel würde für die FDP demnach bedeuten, sowohl ihre Wahlversprechen zurückzunehmen als auch den Parteivorsitzenden zu schwächen. Nachdem er durch den Wahlsieg der FDP enorm gestärkt wurde, ist dies jedoch nur schwerlich anzunehmen. Eine andere Situation könnte im Fall von gescheiterten Koalitionsverhandlungen von schwarz-rot eintreten.

In Deutschland existierten auf Landesebene bislang nur zwei Ampelkoalitionen: Von 1990 bis 1994 in Brandenburg und von 1991 bis 1995 in Bremen. Koalitionsverhandlungen über die Bildung einer Ampel scheiterten 2001 in Berlin am Widerstand von SPD und FDP. Im Bundesrat würde eine Ampelkoalition zur Zeit keine koalitionäre Entsprechung finden.

„Jamaika-Koalition“: Überraschenderweise kamen aus Bayern die ersten Signale zur einer Koalition von Union, FDP und Grünen (337 Mandate). Fischer schloss ein solches Bündnis in der Berliner Runde nicht aus. Dennoch ist aufgrund der weitgehend unvereinbaren Positionen in der Energiepolitik und Umweltpolitik, einem zentralen Issue der Grünen Partei ein solches Bündnis sehr unwahrscheinlich. Nicht zuletzt würde dieses Bündnis aus vier Parteien bestehen, bei denen die drei kleinen Parteien FDP, CSU und Grüne fast gleich stark wären wie die CDU. Im Bundesrat würde eine Jamaika-Koalition zur Zeit keine politische Entsprechung finden, sie wäre zudem weder in einem Land noch in einer größeren Kommune jemals erprobt worden.

b) Wahlbeteiligung

Entgegen der Annahme einer höheren Beteiligung an dieser vorgezogenen Bundestagswahl lag die Wahlbeteiligung mit 77,7% um 1,4% niedriger als beim Wahlgang vor drei Jahren.

Wahlbeteiligung im Bund und den Ländern

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt			
	1994	1998	2002	2005
Baden-Württemberg	79,7	83,1	81,1	78,7
Bayern	76,9	79,2	81,5	78,1
Berlin	78,6	81,1	77,6	77,4
Brandenburg	71,5	78,1	73,7	75,0
Bremen	78,5	82,1	78,8	75,5
Hamburg	79,7	81,1	79,6	77,6
Hessen	82,3	84,2	80,1	78,9
Mecklenburg-Vorpommern	72,8	79,4	70,6	71,4
Niedersachsen	81,8	83,9	81,0	79,4
Nordrhein-Westfalen	81,9	83,9	80,3	78,3
Rheinland-Pfalz	82,3	83,9	80,0	78,7
Saarland	83,5	84,8	80,0	79,4
Sachsen	72,0	81,6	73,7	75,9
Sachsen-Anhalt	70,4	77,1	68,8	71,0
Schleswig-Holstein	80,9	82,4	80,7	79,2
Thüringen	74,9	82,3	74,8	75,5
Deutschland	79,0	82,2	79,1	77,7

Zwar ist die Wahlneigung in den ostdeutschen Ländern immer noch niedriger als in den alten Ländern. Gleichwohl fällt die Differenz in diesem Jahr geringer aus als 2002. Dies liegt daran, dass in den neuen Ländern die Wahlbeteiligung gegenüber 2002 zugenommen hat, während sie im Westen abnahm.

c) WählerInnenwanderung

Die von Infratest-dimap zur Verfügung gestellten Daten über die WählerInnenwanderung ergeben in mehrfacher Hinsicht ein interessantes Ergebnis:

SPD: Die Sozialdemokraten müssen herbe Verluste von mehr als 2,5 Millionen Stimmen hinnehmen. Knapp eine Million Stimmen geben sie an die Linkspartei.PDS und mehr als eine halbe Million ans Lager der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ab. Eine weitere Million geht an den früheren Koalitionspartner sowie Union und FDP.

WählerInnenwanderungen bei der Bundestagswahl 2005

Parteien	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen, in Tsd.						
	SPD	CDU	FDP	Grüne	Linkspartei	Andere	Nichtw.
SPD		-640	-170	-210	-960	-150	-510
CDU/CSU	640		-1.250	110	-280	-160	-740
B90/Grüne	210	-110	-50		-220	-20	-80
FDP	170	1.250		50	-90	-20	-120
Linkspartei.PDS	960	280	90	220		90	390

Quelle: Infratest-dimap (Stand: 18.09.2005, 19.54 Uhr)

Union: Auch die Union verliert herb. Mehr als eine Million früherer WählerInnen wechselt zu den Liberalen um eine Mehrwertsteuererhöhung oder die Große Koalition zu verhindern. Zwar gewinnt sie aus dem rot-grünen Lager 750.000 Stimmen, doch allein 740.000 gibt sie ans Lager der NichtwählerInnen ab. Die Linkspartei erhält 280.000 weitere Stimmen.

B90/Grüne: Die Grünen erhalten zwar 210.000 Stimmen von der SPD, geben aber allein 220.000 an die Linkspartei und weitere 260.000 an Union, FDP, andere Parteien und NichtwählerInnen ab.

FDP: Die FDP kann sich über die von Merkel und Kirchhof inszenierte steuerpolitische Zweitstimmekampagne für die Liberalen freuen: 1,25 Millionen UnionswählerInnen machten ihr Kreuz bei den Blau-gelben. Die Zugewinne aus dem Schröder/Fischer-Lager von 220.000 Stimmen sind demgegenüber fast zu vernachlässigen.

Linkspartei.PDS: Die Kampagne der Sozialisten hat gefruchtet - nicht nur das sie mehr als eine Million Stimmen aus dem rot-grünen Lager gewinnen konnten, sie mobilisierten als einzige Partei bei dieser Wahl frühere NichtwählerInnen. Rund 390.000 Menschen, die 2002 noch Wahlenthaltung übten kreuzten bei dieser Wahl die Linkspartei.PDS an.

Infratest-dimap hat einige Daten bereit gestellt, die Auskunft über die wahlentscheidenden Themen bei den WechselwählerInnen geben. Leider werden keine Aussagen zu den WechselwählerInnen hin zur FDP gemacht, so dass die Mehrwertsteuerannahme als für diese Gruppe wahlentscheidender Grund nicht untersetzt werden kann.

Wahlentscheidende Themen bei Wechselwählerinnen und Wechselwählern

	Arbeitsmarkt-politik	Wirtschafts-politik	Soziale Gerech-t.	Steuer-politik
Ex-SPD-Wähler	39	37	36	21
West	38	38	35	22
Ost	39	32	40	17
Neue Unionswähler	45	52	19	26
West	44	52	18	27
Ost	48	50	21	25
Neue Linke-Wähler	42	25	57	18
West	42	27	59	20
Ost	41	21	56	17

Die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.PDS honorierten die Schwerpunktsetzung auf Soziale Gerechtigkeit. Jeweils deutlich mehr als 55% der neu hinzugewonnenen WählerInnen gaben dieses Issue als wahlentscheidend an.

Mit einigem Abstand folgt die Arbeitsmarktpolitik, erst weit dahinter die Themen Wirtschafts- und Steuerpolitik. Dass die früheren SPD-WählerInnen, insbesondere in Ostdeutschen ebenfalls Soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik als wahlentscheidend ansahen, überrascht vor diesem Hintergrund nicht.

Die 750.000 früheren rot-grünen WählerInnen, die bei dieser Wahl zur Union wechselten taten dies vorrangig weil sie sich wirtschaftspolitisch durch SPD und Grüne nicht mehr angesprochen fühlten und auf die Union vertrauten. Soziale Gerechtigkeit aber auch Steuerpolitik spielten demgegenüber und insbesondere im Vergleich zur Linkspartei untergeordnete Rollen.

d) Wahlentscheidende Themen und Parteikompetenzen

Aus den von Infratest-dimap veröffentlichten Daten lassen sich einige Schwerpunkte der Wahlentscheidung ablesen. Die Präferenzen überraschen hingegen nur wenig. Die Grünen weisen traditionell in der Umweltpolitik die höchsten Kompetenzwerte auf und dementsprechend wichtig ist dieses Thema auch den WählerInnen der Grünen.

Die Union konnte im Vorfeld der Wahl auf stabile Kompetenzwerte gegenüber der SPD vorweisen. In allen wahlentscheidenden Themen (Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuern, Finanzen) lag sie zwischen 15 und 20 Prozentpunkte vor der SPD. Dass sich dies für Frau Merkel nicht auswirkte, ist dem Zugewinn der Liberalen zuzuschreiben.

Die Wertschätzung SPD-

WählerInnen von Themen, die im

weiteren Sinne mit sozialer Sicherheit zu tun haben, korrespondieren zugleich mit höheren Kompetenzwerten der SPD. So liegen die Sozialdemokraten bei den Themenfeldern Familie, Gesundheit und Angleichung Ost/West entweder mit den Christdemokraten gleichauf oder sogar knapp in Führung. Die Außenpolitik von rot-grün wird honoriert, denn die SPD erreicht hier den höchsten Kompetenzwert und die Grünen liegen gleichauf mit der CDU/CSU. Welche Auswirkungen dies auf die Kabinettsbesetzung einer möglichen Großen Koalition haben könnte, wird abzuwarten sein.

Welche Partei löst die Probleme am besten...

	SPD	CDU/CSU	Grüne	Keine
Finanzen	23	41		18
Umwelt	12	21	49	4
Außenpolitik	34	22	22	3
Bildung	28	38		8
Familie	33	33		7
Gesundheit	31	30		12
Arbeitsplätze	20	42		21
Wirtschaft	24	41		21
Zukunft	29	38		15
Rente	28	30		25
Steuern	33	36		10
Angleichung West/Ost	30	30		12

Wahlentscheidende Themen der WählerInnen von...

	Arbeitsmarktpolitik	Wirtschaftspolitik	Soziale Gerechtigkeit	Steuerpolitik	Bildungspolitik	Sicherheitspolitik	Umweltpolitik
SPD	26	27	45			23	
West	26	27	45			23	
Ost	24	25	45			23	
CDU/CSU	42	53	17	24			
West	42	53	17	24			
Ost	41	52	19	22			
B90/Grüne		20	41			28	51
West		21	41			29	51
Ost		17	40			21	49
FDP	42	56	16	31			
West	42	56	16	32			
Ost	41	56	20	30			
Linkspartei.PDS	42	23	60	17			
West	41	26	59	20			
Ost	43	21	60		19		

e) Wahlverhalten

Die Übersichten über das Wahlverhalten nach Bevölkerungsgruppen halten nur wenig Überraschungen bereit:

SPD: Die Sozialdemokraten liegen in Großstädten deutlich, in Mittelstädten knapp vor den Unionsparteien. Menschen mit hoher und niedriger Kaufkraft sowie einem hohen Status stimmten mehrheitlich für die SPD, erst dann für CDU/CSU. Bezogen auf die Konfession liegt die SPD bei den Protestanten wie üblich vor der Union. Ebenso wie die Grünen erreicht die SPD die höchste Zustimmung bei den Auszubildenden, gefolgt von den Arbeitern und dann von Angestellten und Rentnern. Innerhalb der WählerInnen dominiert wie 2002 der Frauenanteil.

CDU/CSU: Die Unionsparteien haben ihre Hochburgen im ländlichen Raum, in den Kleinstädten und in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit sowie mit niedrigem bzw. mittlerem Ausländeranteil. Darüber hinaus dominiert die Union in Industriegebieten und landwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsräumen. Gewählt wurden die C-Parteien von Menschen mit mittlerer Kaufkraft und einfachem Status. Die Wahlneigung zur Union nimmt mit dem Alter zu. Gegenüber den Erst- und JungwählerInnen wählten 17% mehr 60jährige und ältere Menschen die Unionsparteien.

Grüne: Die Hochburgen der Grünen liegen in Gebieten die überwiegend durch Dienstleistungsökonomie geprägt ist. Dort sind sie im Vergleich zu ländlichen Räumen bzw. Industrieregionen mehr als doppelt so stark. Die höchste Zustimmung erhalten sie, genauso wie der große Koalitionspartner, von Auszubildenden. Bei Arbeitslosen, Rentnern und Arbeitern schneiden sie unterdurchschnittlich schlecht ab. Mehr Männer als Frauen wählten bei dieser Wahl die Grünen und die höchste Zustimmung erhielten sie in der Altersgruppe der 35-44jährigen.

FDP: Die Liberalen haben eine relativ gleiche Verteilung auf die Wirtschaftsräume in Deutschland, liegen hingegen in den Industrieregionen besser als im ländlichen Raum und den Dienstleistungszentren. Bevorzugt wird die frühere Partei der Besserverdienenden von den Selbständigen, bei denen sie mit 19% mehr als zehn Prozentpunkte vor den Tätigkeitsgruppen Rentnern, Arbeitslosen und Arbeitern liegt. Die WählerInnenschaft ist überwiegend weiblich, bei den Konfessionen lässt sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Parteien feststellen.

Linkspartei.PDS: Die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei rekrutieren sich, wie bereits bei den Wahlen des Jahres 2004 bzw. der NRW-Wahl für die WASG aus den Tätigkeitsgruppen der Arbeitslosen (23%) und Arbeiter (12%). Es überrascht deshalb nicht, dass die Linkspartei.PDS in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark gewählt wurde. Die Zustimmung für die Linkspartei.PDS lag in allen Wirtschaftsräumen ungefähr gleich hoch. Im Vergleich zwischen Gebieten mit hohem, mittlerem und niedrigem Ausländeranteil liegt die Linkspartei.PDS in Gebieten mit hohem Ausländeranteil knapp vorn. In den Altersgruppen konnte die Linkspartei.PDS laut Forschungsgruppe Wahlen mit Zuwächsen von je 5% bei den 30-44jährigen sowie bei den 45-59jährigen am stärksten zulegen. Mit +4% folgen die U30jährigen, am Schluss die über 60jährigen (+2%).

Wahlverhalten nach Bevölkerungsgruppen (in%)

Partei	Alter						
	18-24	25-34	35-44	45-59	60 und älter	Alle	
SPD	32	33	34	35	34	34	
Union	26	30	32	34	43	35	
Grüne	10	10	11	9	4	8	
FDP	10	13	10	9	9	10	
Linkspartei	8	8	9	10	7	9	
	Tätigkeit						
	Arbeiter	Angestellte	Selbständig.	Rentner	in Ausbild.	Arbeitslos	Alle
SPD	37	36	21	36	40	31	34
Union	31	31	42	42	25	24	35
Grüne	5	11	12	4	13	7	8
FDP	8	11	19	9	11	8	10
Linkspartei	12	7	6	7	8	23	9
	ErwählerInnen und Geschlecht						
	Frauen		Männer		ErstwählerInnen		
SPD	35		33		39		
Union	35		36		26		
Grüne	9		11		10		
FDP	9		7		10		
Linkspartei	7		9		8		
	Konfession						
	Katholisch		Evangelisch		Gemischt konfessionell		
SPD	28		41		39		
Union	46		32		36		
Grüne	7		10		9		
FDP	10		9,5		11		
Linkspartei	4		5		5		

Quelle: Infratest-dimap (Stand: 18.09.2005, 21.45 Uhr)

4. Die Linkspartei.PDS und die vorgezogene Bundestagswahl

Wurde die PDS nach der Bundestagswahl 2002 und auch im Laufe des Jahres 2003 übereinstimmend für klinisch tot erklärt, machte im Zuge der Hartz-IV-Protteste vor allem in Ostdeutschland das Wort der „Kümmererpartei“ Furore.²¹ Auf einmal war die PDS wieder da, sie hatte eine Funktion und sie hatte Gesichter: Von Abgeordneten und MinisterInnen in Parlamenten und vor allem von älteren Menschen bei den Protesten zwischen Kap Arkona und Zittau.

Der Erfolg der PDS begründete sich in Wahlkämpfen des Jahres 2004, der den Volkszorn gegen „die da oben“ kanalisierte und dem wiedergewonnenen glaubhaften Image als soziale Partei und Vertreterin spezifischer ostdeutscher Interessen, das 2002 unter den Gummistiefeln des zupackenden Kanzlers Schröder im Hochwasser untergegangen war.²² Gleichzeitig ist es nicht zutreffend, dass die PDS allein auf einen Protestwahlkampf gesetzt hatte, denn sowohl in Brandenburg als auch in Thüringen hatte sie mit Ramelow und Enkelmann jeweils einen Ministerpräsidentenkandidaten bzw. –kandidatin aufgestellt und insoweit Gestaltungsanspruch dokumentiert.

Dementsprechend fielen die Wahlergebnisse aus:²³

- der PDS gelang es bei der Europawahl, die SPD in den neuen Bundesländern weit zu überrunden und auf den dritten Platz im Parteiengefüge zu verweisen,
- in Brandenburg gelang der PDS bei der Europawahl erstmals der Sprung auf Platz 1 der Parteienskala,
- der Zuspruch für die PDS war nach Angaben von Infratest-Dimap bei Arbeitslosen und bei Rentnern besonders hoch,
- in Thüringen, Sachsen und Brandenburg erreichte die PDS jeweils den Platz als zweitstärkste Partei.

Dennoch war ein Überleben der PDS mit diesen Ergebnissen in keiner Weise garantiert und ein Einzug in den Deutschen Bundestag 2006 ausgesprochen ungesichert. Mehr noch: Das Jahr 2005 stellte aufgrund fehlender Gelegenheiten zur öffentlichen Darstellung für die PDS ein Angstjahr dar – zu groß war die Gefahr, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung vergessen würde. Bei den Umfragen schwankte sie zwischen 4% und 6%. Zu wenig um darauf eine erfolversprechende Strategie aufbauen zu können.

Hinzu kam, dass mit den sich im März 2004 formierenden Initiativen „Wahlalternative 2006“ sowie „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, die sich am 03. und 04. Juli 2004 zur „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ e.V. zusammenschlossen, eine gefährliche Alternative für die PDS heranwuchs.

Immerhin konnten sich im Juli des vergangenen Jahres 16% aller Befragten vorstellen, eine neue Partei links von der SPD zu wählen, während 73% dies verneinten und 11% mit „weiß nicht“ antworteten. Noch schwerer wog, dass sich dies mit 41% am häufigsten die AnhängerInnen der PDS vorstellen konnten. Erst danach folgten die AnhängerInnen der Grünen (22%) und der SPD (14%).²⁴

a) Der Lackmустest NRW-Wahl und das gemeinsame Wahlprojekt

Die Wahl in NRW vom 22. Mai 2005 wurde insofern von WASG und PDS als Lackmустest für die jeweilige Aufstellung zur kommenden Bundestagswahl betrachtet. Als Protestpartei gegen die Reformpolitik der SPD gegründet, mobilisierte die WASG auch in erster Linie ehemalige SPD-WählerInnen. 50.000 wechselten von der SPD zur WASG. Von der CDU, den Grünen und der FDP kamen jeweils 10.000 WählerInnen; von den anderen kleinen Parteien insgesamt 30.000 Stimmen. Aus dem Nichtwählerlager mobilisierte sie 60.000 Stimmen.²⁵ Es zeigte sich, dass es der WASG gelang, Wählerinnen und Wähler zu binden, die auf der Suche nach einer Alternative zur SPD nicht zur PDS sondern ins NichtwählerInnenspektrum abgewandert wären. Alle hochfahrenden Hoffnungen der WASG erwiesen sich hingegen als Utopismus.

²¹ Vgl. Neu, Viola 2004, Landtagswahl in Sachsen am 19.9.2004, Berlin, S. 6.

²² Vgl. Niedermayer, Oskar 2005, Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004: Reaktionen der Wähler auf Hartz IV, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/2005, S. 79.

²³ Hoff, Benjamin 2004, Einschätzung der 6. Direktwahl zur Europäischen Parlament, <http://www.benjaminhoff.de/papiere/200407131455.html> S. 7ff.

²⁴ Forschungsgruppe Wahlen 2004d, Politbarometer Juli I 2004, http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Politbarometer/Politbarometer_2004/PB_Juli_I_2004.

²⁵ Neu, Viola 2005, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Wahlanalyse, Berlin, S. 11.

Am Dienstag nach der NRW-Wahl erklärte der frühere SPD-Parteivorsitzende, saarländische Ministerpräsident und kurzzeitige Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine: Sollte sich eine gemeinsame linke Liste von PDS und der Wahlalternative WASG formieren, sei er bereit, bei der vorgezogenen Bundestagswahl für das Bündnis anzutreten gegenüber der Bild-Zeitung. Es sei nicht sinnvoll, wenn zwei kleine Parteien, die WASG und die PDS links von der SPD kandidieren. Wenn es zu einer gemeinsamen Liste kommen sollte, sei er bereit, mitzumachen.

Diese Lafontaine-Ankündigung hinterließ ihre Spuren unmittelbar, denn bereits Ende Mai konnten sich 22% vorstellen, eine neu zu gründende Partei links von der SPD unter Führung von Oskar Lafontaine zu wählen (nein: 74 %).²⁶

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund standen WASG und PDS alsbald in Verhandlungen über einen gemeinsamen Wahlauftritt und wurde auf Grundlage des bundesdeutschen Wahlrechts dafür Sorge getragen, dass WASG-KandidatInnen auf den offenen Listen der PDS, die sich auf einem außerordentlichen Bundesparteitag im Juli 2005 in Linkspartei.PDS umbenannte, kandidieren konnten. Die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen hinterließ ihre Spuren: Im Juni 2005 antworteten auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, ein solches Linksbündnis zu wählen, 18% der befragten Wahlberechtigten zustimmend, für 79% kam dies nicht in Frage, 3 % äußerten sich nicht. Unter den Befragten zogen 15% der SPD- und 21% der Grünen-Anhänger eine solche Wahlentscheidung in Betracht, im Vergleich zu 7% der CDU/CSU- und 9% der FDP-Anhänger. Die PDS-Anhänger standen mit 86% einmütig hinter diesem Projekt.²⁷

b) Die Linkspartei in den Umfragen

Im Unterschied zur Bundestagswahl 2002 gelang es der Linkspartei.PDS sich nach einer Überbewertung in den Umfragen, bei denen sie zeitweise mit 12% gehandelt wurde auf einem Niveau von 7% bis 9% zu stabilisieren.

Dem Rückgang der Linkspartei-Werte von 11 % auf 9 % in der zweiten Augushälfte lagen verschiedene Ursachen zugrunde:

Einerseits verloren die kleineren Parteien Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linkspartei insgesamt an SPD und Union aufgrund der Zuspitzung auf die Entscheidung Merkel oder Schröder.

Andererseits holte insbesondere die SPD frühere WählerInnen von 2002, die zwischenzeitlich zur Linkspartei gewechselt waren, wieder zurück und gewann darüber hinaus auch PDS-WählerInnen von 2002 hinzu. Dies gelang der SPD im Westen eher als im Osten.

Damit verbunden war ein gleichzeitiger Anstieg des Anteils der unentschlossenen PDS-WählerInnen von 2002 von 11 % auf 18 % und ein Verlust vor allem bei Frauen und bei WählerInnen ab 40 Jahren, bei Volksschulabgängern ohne Lehre sowie bei Abiturienten und HochschulabsolventInnen.

Die Linkspartei in den veröffentlichten Umfragen der Institute ab Juni 2005 (in %)

Allensbach		Emnid		Forsa		Forschungsgruppe Wahlen		Infratest-dimap	
Datum	Wert	Datum	Wert	Datum	Wert	Datum	Wert	Datum	Wert
15.06.	4,8	18.06.	9	15.06.	5	24.06.	8	24.06.	9
19.07.	9,2	15.07.	12	13.07.	10	22.07.	10	14.07.	11
16.08.	10,5	16.08.	11	13.08.	10	12.08.	9	11.08.	10
23.08.	10,3	23.08.	10	22.08.	9	19.08.	8	17.08.	9
27.08.	10,1	30.08.	10	29.08.	8	26.08.	8	25.08.	9
02.09.	9,7	01.09.	10	03.09.	9	02.09.	8	01.09.	9
09.09.	8,9	07.09.	9	07.09.	8	09.09.	8	08.09.	8,5
13.09.	8,5	10.09.	8	12.09.	7				
16.09.	8,5	13.09.	8,0	16.09.	7-8				

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen>

Die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht sicher entschlossenen Wähler wurden danach gefragt, was sie an einer sicheren Wahlentscheidung hindert. Die Interviewten konnten aus einer Liste alle Gründe nennen, die auf sie zutreffen.

Unter den noch un schlüssigen Anhängern der Linkspartei wirkten am stärksten die Motive „Partei hat mich enttäuscht“, „keine Partei kann die Probleme lösen“, „keine Partei vertritt meine Interessen“ und „Protest“. Überdurchschnittlich oft wurde auch „hat die falschen Politiker an der Spitze“ von ihnen genannt. Unter denjenigen Befragten, die von der SPD zur Linkspartei wechselten, waren

²⁶ Forschungsgruppe Wahlen 2005a, a.a.O., ebd.

²⁷ Forschungsgruppe Wahlen 2005b, a.a.O., ebd.

die Motive „Enttäuschung von der bisher bevorzugten Partei“, „Protest gegen die heutige Politik“, „mangelnde Interessenvertretung“ und „mangelnde Problemlösekompetenz“ besonders stark ausgeprägt.

Gründe sich noch nicht für eine Wahl entschieden zu haben

Antwortgründe	Wert
weil keine Partei die Probleme des Landes lösen kann	67
weil mich die Partei, der ich politisch am nächsten stehe, in der Vergangenheit oft enttäuscht hat	56
weil ich keine Unterschiede zwischen den Lösungsvorschlägen der Parteien erkenne	51
weil sich die Partei, die ich wählen würde, nicht einig ist	44
weil es keine Partei gibt, die meine Interessen vertritt	40
weil ich gegen die heutige Politik protestieren will	35
weil die Partei, der ich politisch am nächsten stehe, die falschen Politiker an der Spitze hat	35

Eine große Mehrheit (82 %) glaubte im Juli 2005 nicht, dass die geplante Linkspartei aus PDS und WASG mit ihren politischen Vorschlägen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen kann. Nur jeder zehnte Befragte bejahte dies (weiß nicht: 9 %). Selbst von den AnhängerInnen der Linkspartei.PDS waren davon nur 50% überzeugt, 47 % bezweifelten dies (weiß nicht: 4 %).²⁸

Auf die Frage, was hauptsächlich für den Erfolg der Linkspartei.PDS verantwortlich ist, nannten im gleichen Zeitraum 82% aller Befragten den Protest gegen die aktuelle Politik. Nur 10% gingen von einer Unterstützung der politischen Vorstellungen der Linkspartei.PDS aus. Selbst nur 23% der Anhänger der Linkspartei.PDS nannten die inhaltliche Unterstützung der Politik, für 70% war ihr Erfolg in erster Linie Ausdruck des Protests.

c) Das Programm der Linkspartei

Dass die Linkspartei mit ihrem Wahlprogramm dennoch den Nerv der Wählerinnen und Wähler traf, zeigte eine Umfrage aus dem August 2005. Der Forderung zum Mindestlohn stimmten damals knapp 60% der AnhängerInnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und 75% der Linkspartei-WählerInnen zu. Bei den Konzepten zur Grundrente und zur Grundsicherung betrug die Zustimmung der SympathisantInnen der Regierungsparteien und der Linkspartei-AnhängerInnen jeweils 80%. Zudem fanden die Attacken der SPD-Führung nicht ihr Ziel: Wenn sie der Linkspartei Unehrlichkeit vorwarf, weil sie die Hartz IV-Reformen kritisierte und sie gleichzeitig in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit umsetzte, folgten nur 22% der SPD-AnhängerInnen diesem Argument. Ein Drittel von ihnen stufte die Ideen der Linkspartei als Populismus ein. Somit taugte die Linke nicht als Feindbild, beim SPD-Versuch unentschlossene AnhängerInnen zu mobilisieren - dazu war die Zustimmung zum Wahlprogramm der Linkspartei unter den Sozialdemokraten zu groß.²⁹

d) Das Wahlergebnis der Linkspartei.PDS nach Ländern

Erst- und Zweitstimmenergebnisse nach Ländern sowie erreichte Mandate

Bundesland	Erststimmen			Zweitstimmen			Mandate
	Anzahl	%	Differenz zu 2002 in %	Anzahl	%	Differenz zu 2002 in %	
BaWü	182.231	3,1	2,3	218.989	3,8	2,8	3
Bayern	201.911	2,9	2,2	244.572	3,4	2,8	3
Berlin	321.604	17,4	2,9	303.615	16,4	5,0	4
Brandenburg	423.109	27,0	6,4	416.355	26,6	9,3	5
Bremen	25.147	7,0	5,1	29.940	8,3	6,0	-
Hamburg	44.526	4,7	3,1	59.497	6,3	4,2	1
Hessen	142.461	4,2	3,0	178.785	5,3	4,0	2
McVoPo	231.191	23,4	7,0	234.689	23,7	7,3	3
Niedersachsen	168.143	3,5	2,5	205.161	4,3	3,3	3
Nordrhein-Westf.	425.644	4,2	3,0	529.941	5,2	4,0	7
Rheinland-Pfalz	110.930	4,7	3,8	132.081	5,6	4,6	2
Saarland	109.504	17,3	16,2	117.091	18,5	17,1	2
Sachsen	560.723	22,5	5,0	572.971	23,0	6,9	8
Sachsen-Anhalt	369.229	25,5	9,7	385.228	26,6	12,2	5
Schlesw.-Holstein	48.566	2,8	1,6	78.669	4,6	3,3	1
Thüringen	368.471	25,3	6,4	378.570	26,1	9,1	5

²⁸ Forschungsgruppe Wahlen 2005e, a.a.O., ebd.

²⁹ Twardowski, Steffen 2005, Programm der Linkspartei findet auch bei Anhängern von SPD und Grünen Zuspruch, in: Neues Deutschland vom 26. August 2005.

Die Linkspartei.PDS hat am 18. September 2005 ihr bislang bestes Wahlergebnis seit 1990 erhalten und einen furiosen Durchbruch in einzelnen westdeutschen Ländern erzielt. Dazu gehört an erster Stelle sicher das Saarland mit dem Traumergebnis von 18,5% sowie anschließend die Länder Bremen und Hamburg mit mehr als 8 bzw. 6%. Das Saarland ist - ausgehend von den Prozentpunkten - an Berlin vorbeigezogen und hat in absoluten Stimmen mehr als Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein zusammengekommen.

Dieses Ausnahmeergebnis ist zweifellos im wesentlichen der Mobilisierung durch Oskar Lafontaine zuzuschreiben. Sie basiert aber auch auf einer seit Jahren positiv verlaufenden Entwicklung im dortigen Landesverband, der bereits bei den Europawahlen und der Landtagswahl im vergangenen Jahr überdurchschnittliche Ergebnisse für die PDS im Westen erreichte.

Hatte die PDS bei der Bundestagswahl 2002 vor allem in Ostdeutschland verloren, legt sie dort nun drei Jahre später überdurchschnittlich zu - unabhängig ob sie sich im betreffenden Land in einer Regierungsbeteiligung oder der Opposition befindet.

Ergebnisse in den Wahlkreisen, die als gewinnbar galten

WK-Nr.	Kandidat/in der Linkspartei.PDS	Platz	Linkspartei-Ergebnis		Differenz zu Platz 1	
			Stimmen	in %	Stimmen	in %
059	Dagmar Enkelmann	2	61.602	33,1	4.237	2,3
061	Rolf Kutzmutz	2	51.051	25,6	30.040	15,1
063	Lothar Bisky	2	51.895	33,3	3.440	2,2
077	Stefan Liebich	2	41.813	24,3	28.853	16,8
084	Cornelia Reinauer	3	29.102	18,0	40.861	25,2
164	Klaus Bartl	3	41.373	26,6	2.869	1,8

In Berlin gelingt es ihr zudem drei Direktmandate zu erringen - ein Einzug der Linkspartei.PDS wäre demzufolge selbst bei einem theoretischen Verfehlen der 5%-Hürde in Gruppenstärke möglich gewesen.

In den anderen als gewinnbar geltenden Wahlkreisen verliert die Linkspartei.PDS zum Teil deutlich. Vor allem in den Wahlkreisen mit einer hohen Publikumswirksamkeit, wie Pankow (Liebich vs. Thierse) und Friedrichshain-Kreuzberg (Reinauer vs. Ströbele). Trotz intensiven Wahlkampfes gelingt es dort nicht, eine äußerst knappe Entscheidung zu erzwingen. Einen äußerst knappen Ausgang bietet hingegen der Wahlkreis 164 (Stadt Chemnitz), in der Klaus Bartl, bereits 2004 dort direkt in den Landtag gewählt, sich mit CDU und SPD ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefert.

e) Das Wahlergebnis der Linkspartei.PDS nach Bevölkerungsgruppen

Die Linkspartei.PDS hat in allen Bevölkerungsgruppen zulegen können. Am stärksten, wie bereits dargelegt wurde, in der Gruppe der Arbeitslosen und Arbeiter/innen. Diese Ergebnisse korrespondieren mit den Erfahrungen des vergangenen Jahres - sowohl die Europawahl als auch die einzelnen Landtagswahlen betreffend. Auch für die in NRW angetretene WASG lässt sich diese Erfahrung festhalten.

Für die Linkspartei.PDS spricht ihre relativ gleichmäßige Verankerung in unterschiedlichen Wirtschaftsräumen des Bundesgebietes.

Bei den Jung- und ErstwählerInnen hat die Linkspartei.PDS wieder Boden gut gemacht, doch liegt sie im Parteienwettbewerb gleichwohl auf einem ungünstigen Platz. Dass die Linkspartei.PDS überwiegend von Männern als von Frauen gewählt wurde, liegt sicherlich in dem ausgesprochen männlich dominierten Wahlkampf begründet. Gleichzeitig fällt die Differenz zwischen Männern und Frauen geringer aus als in einzelnen Wahlkampfphasen angenommen.

Stand in der Analyse der Bundestagswahl 2002 der Verlust der früheren DDR-Dienstleistungszentren und der sie vormals prägenden Dienstleistungsklasse im Zentrum der Aufmerksamkeit, lässt sich in der Linkspartei.PDS eine ggf. interessante Veränderung feststellen, auf die der Parteienforscher Franz Walter in einem Beitrag für die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeht und formuliert:

„(...) In der ergrauenden Gesellschaft des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts werden die Kohorten der neuen Linkspartei die Majoritätsgruppe der Republik bilden. Die 1950er und 1960er Jahrgänge waren die Babyboomer der westdeutschen Gesellschaft. Bei Wahlen kommt es primär auf sie und auch noch in den nächsten Jahrzehnten an. Sie - und nicht die zahlenmäßig marginalen jungen Altersgruppen - werden im Zentrum der ergrauenden Gesellschaft, der sozialen und politischen Handlungsweisen stehen. (...) Im Grunde braucht sie [die Linkspartei] sich gar nicht verlegen gegen den Vorwurf wehren, eine restaurative Partei der 1970er-Jahre-Wohlfahrtsstaatlichkeit zu sein. Ihre Kernanhänger und Kernpotenziale im Westen Deutschlands, die geburten-

starken Jahrgänge, sind sämtlichst durch die 1970er Jahre zutiefst geprägt worden. (...) Die Wohlfahrtsstaatlichkeit schuf die Voraussetzung – und dies zum ersten Mal in der Geschichte der Menschen –, dass sich die Bürger nach dem Erwerbsleben souverän für einen Neuanfang entscheiden können, dass sie Projekte versuchen, die in ihrem ersten Lebensentwurf nicht enthalten waren, dass sie sich bewusst neue Erfahrungen zutrauen, für die im vorangegangenen Lebensabschnitt noch kein Platz war. (...) Eine Linkspartei, deren Aktivisten im Zentrum der ergrauenden Gesellschaft stehen, könnte daher den Kern dieser auch künftig durchaus populären Wohlfahrtsstaatlichkeit gegen einen zu überspitzt ökonomistisch-juvenilen Neoliberalismus (rigoros eigenverantwortlicher Kapitalbildung für das Alter) verteidigen. (...) Dergleichen hat man – wenngleich sehr viel stärker Frauendominiert als in Deutschland – in etlichen europäischen Ländern längst beobachten können, vor allem in skandinavischen Wohlfahrtsstaaten.“³⁰

Mit ihrer starken Betonung auf soziale Gerechtigkeitspolitik ist es der Linkspartei.PDS gelungen, sich im Parteienwettbewerb zu behaupten und ein Merkmal zu entwickeln, dass sie trotz dem erfolgreichen Versuch der Wiederaneignung des Themas durch die Sozialdemokratie zu behaupten in der Lage ist. Verhinderte die SPD mit der Betonung dieses Themas einen noch dramatischeren Wegbruch von WählerInnengruppen, kann die Linkspartei.PDS diejenigen früheren SPD-WählerInnen an sich binden, die der SPD die Soziale Gerechtigkeit nicht mehr abnehmen. Darüber hinaus gelingt es der Linkspartei als einziger Partei in relevantem Maße NichtwählerInnen an die Wahlurnen zu holen. Sie hat damit einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Beteiligung sich ansonsten selbst wahlpolitisch enthaltender Bürgerinnen und Bürger geleistet.

e) Die Bundestagsfraktion der Linkspartei.PDS

Die Linkspartei wird mit 54 Abgeordneten in den 16. Deutschen Bundestag einziehen. Sie ist damit die viertstärkste Fraktion vor Bündnis 90/Die Grünen, die auf den letzten Platz verwiesen werden.

Die künftige Bundestagsfraktion wird mit 29 Männern und 25 Frauen in ihrer Zusammensetzung leicht männerdominiert sein. Legt man allein die Verteilung der Mandate je Bundesland zugrunde, so haben die ostdeutschen Länder mit 29 Abgeordneten zu 25 Abgeordneten aus den alten Ländern ein Übergewicht. Anders stellt sich die Situation dar, wenn von der Herkunft der gewählten Personen und deren Lebensschwerpunkt ausgegangen wird: 31 Linkspartei-Abgeordnete stammen aus den alten Bundesländern bzw. haben überwiegend dort gelebt. Mit 23 originär ostdeutschen Abgeordneten dominiert damit erstmals in der Geschichte der PDS der Westen in einer Bundestagsfraktion.

Von den 54 Abgeordneten werden des weiteren sechs unter 35 Jahren sein – 2 Männer und 4 Frauen (2 Ostdeutsche und 4 Westdeutsche).

Immerhin 22 Fraktionsmitglieder haben bereits über Erfahrungen in einem Landtag bzw. dem Bundestag gesammelt. Einer Regierung nach 1990 gehörten als Minister/in drei Fraktionsmitglieder an. Ein Fraktionsmitglied ist hauptamtliche Dezernentin in einer ostdeutschen Großstadt.

* * *

³⁰ Walter, Franz 2005, Linkspartei in ergrauerender Gesellschaft, in: rls-standpunkte Heft 18/2005, S. 3f.

Anhang 1: Die gewählten Bundestagsabgeordneten der Linkspartei.PDS

Nr.	Vorname, Name	Landesliste	Wahlkreis	Parlamentserfahrung
1	Hüseyin Aydin,	NRW		
2	Dr. Dietmar Bartsch	MVP		Bundestag
3	Karin Binder	BW		
4	Prof. Dr. Lothar Bisky	BRB		Landtag
5	Heidrun Bluhm	MVP		
6	Eva Bulling-Schröter	BAY		Bundestag
7	Dr. Martina Bunge	MVP		Bundestag, Landtag
8	Roland Claus	LSA		Bundestag, Landtag
9	Sevim Dagdelen	NRW		
10	Dr. Diether Dehm	NDS		
11	Werner Dreibus	HES		
12	Dr. Dagmar Enkelmann	BRB		Bundestag, Landtag
13	Klaus Ernst	BAY		
14	Wolfgang Gehrcke-Reimann	HES		Bundestag, Landtag
15	Diana Golze	BRB		
16	Dr. Gregor Gysi	BLN	85 (40,4%)	Bundestag, Landtag
17	Heine Hänsel	BW		
18	Lutz Heilmann	SWH		
19	Hans-Kurt Hill	Saar		
20	Cornelia Hirsch	THÜ		
21	Inge Höger-Neuling	NRW		
22	Dr. Barbara Höll	SAC		Bundestag, Landtag
23	Ursula Jelpke	NRW		Bundestag
24	Dr. Lukrezia Jochimsen	THÜ		
25	Prof. Dr. Hakki Keskin	BLN		
26	Katja Kipping	SAC		Landtag
27	Monika Knoche	SAC		Bundestag
28	Jan Korte	LSA		
29	Katrin Kunert	LSA		Landtag
30	Oskar Lafontaine	NRW		Bundestag, Landtag
31	Michael Leutert	SAC		
32	Ulla Lötzer	NRW		Bundestag
33	Dr. Gesine Lötzsch	BLN	87 (42,9%)	Bundestag, Landtag
34	Ulrich Maurer	BW		Landtag
35	Dorothee Menzner	NDS		
36	Kornelia Möller	BAY		
37	Kersten Naumann	THÜ		Bundestag, Landtag
38	Wolfgang Neskovic	BRB		
39	Norman Peach	HH		
40	Petra Pau	BLN	86 (42,6%)	Bundestag, Landtag
41	Bodo Ramelow	THÜ		Landtag
42	Elke Reinke	LSA		
43	Paul Schäfer	NRW		
44	Volker Schneider	Saar		
45	Dr. Herbert Schui	NDS		
46	Dr. Ilja Seifert	SAC		Bundestag
47	Dr. Petra Sitte	LSA		Landtag
48	Frank Spieth	THÜ		
49	Dr. Kirsten Tackmann	BRB		
50	Dr. Axel Troost	SAC		
51	Alexander Ulrich	RLP		
52	Gert Winkelmeier	RLP		
53	Jörn Wunderlich	SAC		
54	Sabine Zimmermann	SAC		

Anhang 2: Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005 und der jeweils letzten Landtagswahl (in %)

Bundestagswahl [BTW] Landtagswahl [LTW] ¹⁾	Anteil an Stimmen					
	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Linkspartei.PDS	Sonstige
	Baden-Württemberg					
BTW 2002	35,6	37,8	9,2	8,8	1,0	7,6
LTW 2001	33,3	44,8	7,7	8,1	-	6,1
BTW 2005	30,1	39,2	10,7	11,9	3,8	3,7
	Bayern					
BTW 2002	34,4	47,7	5,9	5,1	0,7	6,2
LTW 2003	19,6	60,7	7,7	2,6	-	9,4
BTW 2005	25,5	49,3	7,9	9,5	3,4	4,2
	Berlin					
BTW 2002	37,8	23,7	11,3	4,9	13,4	8,8
LTW 2001	29,7	23,8	9,1	9,9	22,6	4,9
BTW 2005	34,4	22,0	13,7	8,2	16,4	5,5
	Brandenburg					
BTW 2002	43,5	20,8	3,6	2,8	20,3	8,9
LTW 2004	31,9	19,4	3,6	3,3	28,0	13,9
BTW 2005	35,8	20,6	5,1	6,9	26,6	5,0
	Bremen					
BTW 2002	50,2	25,4	11,3	5,9	2,4	4,7
LTW 2003	42,3	29,8	12,8	4,2	1,7	9,2
BTW 2005	43,0	22,8	14,3	8,1	8,3	3,4
	Hamburg					
BTW 2002	45,7	30,0	10,8	6,5	2,3	4,7
LTW 2004	30,5	47,2	12,3	2,8	-	7,2
BTW 2005	38,7	28,9	14,9	9,0	6,3	2,2
	Hessen					
BTW 2002	41,6	34,7	8,2	7,9	1,5	6,2
LTW 2003	29,1	48,8	10,1	7,9	-	4,1
BTW 2005	35,7	33,7	10,1	11,7	5,3	3,6
	Mecklenburg-Vorpommern					
BTW 2002	35,3	29,3	2,9	2,2	23,6	6,6
LTW 2002	40,6	31,4	2,6	4,7	16,4	4,3
BTW 2005	31,7	29,6	4,0	6,3	23,7	4,8
	Niedersachsen					
BTW 2002	49,4	34,1	5,9	6,4	1,0	3,2
LTW 2003	33,4	48,3	7,6	8,1	0,5	2,1
BTW 2005	43,2	33,6	7,4	8,9	4,3	2,6
	Nordrhein-Westfalen					
BTW 2002	46,9	33,8	6,9	7,3	1,2	4,0
LTW 2005	37,1	44,8	6,2	6,2	0,9	4,8
BTW 2005	40,0	34,4	7,6	10,0	5,2	2,8
	Rheinland-Pfalz					
BTW 2002	41,3	39,1	6,1	7,1	1,0	5,4
LTW 2001	44,7	35,3	5,2	7,8	-	7,0
BTW 2005	34,6	36,9	7,3	11,7	5,6	4,0
	Saarland					
BTW 2002	52,4	31,8	5,5	4,7	1,0	4,5
LTW 2004	30,8	47,5	5,6	5,2	2,3	8,6
BTW 2005	33,3	30,2	5,9	7,4	18,5	4,7
	Sachsen					
BTW 2002	29,1	32,7	4,4	3,6	20,0	10,2
LTW 2004	9,8	41,1	5,1	5,9	23,6	14,5
BTW 2005 ²⁾	24,3	30,4	4,6	9,8	23,0	7,8
	Sachsen-Anhalt					
BTW 2002	38,1	27,2	3,3	4,1	20,7	6,6
LTW 2002	20,0	37,3	2,0	13,3	20,4	7,0
BTW 2005	32,7	24,7	4,1	8,1	26,6	3,8
	Schleswig-Holstein					
BTW 2002	45,4	35,7	6,5	7,6	1,5	3,3
LTW 2005	38,7	40,2	6,2	6,6	0,8	7,5
BTW 2005	38,2	36,4	8,4	10,1	4,6	2,3
	Thüringen					
BTW 2002	34,5	28,9	3,9	3,4	21,2	8,1
LTW 2004	14,5	43,0	4,5	3,6	26,1	8,3
BTW 2005	29,8	25,7	4,8	7,9	26,1	5,7

¹⁾ Mit Ausnahme der Länder, in denen bei der Landtagswahl nur eine Stimme vergeben werden kann, sind jeweils die Zweitstimmenergebnisse zugrunde gelegt. - ²⁾ Ohne die Stimmen des Wahlkreises 160.